

Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 03.02.2011

Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamophobie - Stellenwert der politischen Bildung wieder erhöhen!

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamophobie vorzulegen.

Folgende Punkte mögen durch konkrete Maßnahmen ausgefüllt werden:

- Bildungsoffensive gegen rechtsextremes Gedankengut. Wiedererrichtung der Landeszentrale für politische Bildung. Förderung von Politikunterricht an Schulen, mit dem Ziel, über die Ursachen von Rechtsextremismus aufzuklären; dafür bedarf es einer Änderung des Curriculums.
- Menschenrechtsbildung und Förderung von Demokratieerfahrung an Schulen (Lernziel Demokratie).
- Schaffung von ausreichendem Ausbildungsplatzangebot. Förderung und Ausbau eines qualifizierten Arbeitsplatzangebotes auf dem Arbeitsmarkt.
- Ausbau und Förderung von Beteiligungsrechten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Betrieben und Verwaltungen. Humanisierung der Arbeitswelt. Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in interkultureller Kompetenz.
- Erweiterung der Erzieher- und Lehrerausbildung in Studium und Weiterbildung in Menschenrechtsbildung, interkultureller Kompetenz und Demokratievermittlung. Förderung von Toleranz und respektvollem Umgang in schulischer und vorschulischer Erziehung (Kita und Schule).
- Förderung von Medienkompetenz an Schulen und in der Jugendarbeit.
- Niedrigschwelliger Zugang zu Kulturangeboten, insbesondere Angebote im Bereich Sport, Musik und Theater.
- Weitere Angebote und Ausbau von Familienzentren, weiterer Ausbau von Gesamtschulen, Förderung von Ganztagsangeboten.
- Unterstützung der öffentlich-rechtlichen und privaten Medien (Rundfunk, Fernsehen) durch die Politik, bei der Umsetzung und dem Ausbau ihres öffentlichen Bildungsauftrages.

Begründung

Menschenfeindlichkeit, Chauvinismus, Antisemitismus, Islamophobie und Rassismus sind nach wie vor erhebliche Gefahren für die Demokratie und die politische Kultur in Deutschland. Bereits die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Ein Blick in die Mitte“ aus dem Jahr 2008 belegte, dass nationalistisches, ethnozentristisches und antisemitisches Denken innerhalb der Gesellschaft zugenommen hat.

Auch die neueste Studie der FES „Die Mitte in der Krise“ vom Oktober 2010 bestätigt diese Ergebnisse. Zu verzeichnen ist eine steigende Zustimmung zu Aussagen mit chauvinistischen, ausländerfeindlichen und sozialdarwinistischen Inhalten. Auch der Wunsch nach einer Diktatur hat zugenommen. Die stärker gewordene Akzeptanz dieser Werte gefährdet unsere Demokratie. Darüber

hinaus ist diese Akzeptanz als das Einstiegs muster für ein rechtsextremes Weltbild anzusehen. Rechtsextreme Einstellungen sind in allen Bevölkerungsgruppen vorhanden und reichen bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein. Die wirtschaftliche Krise fördert eine Zunahme rechtsextremer Einstellungen. Die Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen ist in allen gesellschaftlichen Schichten und Altersgruppen in verstärktem Maße anzutreffen. Neu ist in der aktuellen Studie, dass Ressentiments gegenüber Muslimen in unserer Gesellschaft zugenommen haben.

Zur sozialen Realität gehört, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Deshalb muss Integration ein Schwerpunkt des politischen Handelns sein. Aus einer unzulänglichen Integration von Menschen mit ausländischen Wurzeln können soziale Probleme resultieren, auf die Rechtsextremisten und Populisten mit menschenfeindlichen Parolen und Forderungen reagieren. Besonders erschreckend ist in der neuen Studie der FES, dass 58,4 % der Befragten der Aussage „Für Muslime in Deutschland sollte die Religionsausübung erheblich eingeschränkt werden“ zustimmen. Diese Position verstößt gegen eine zentrale Aussage der Menschenrechte und gegen unser Grundgesetz. Da diese Einstellungsmuster und deren Akzeptanz bis in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen, bieten sie erheblichen Nährboden für Populismus, Ausgrenzung und Rechtsextremismus.

Im Rechtsextremismus hat sich die Islamophobie zu einem organisationsübergreifenden Ideologieelement entwickelt. Dies eignet sich dazu, muslimfeindliche Stimmungen in der Bevölkerung aufzugreifen. Die Auseinandersetzung mit dem Islam muss deshalb ausgesprochen differenziert erfolgen, damit islamophobe Grundstimmungen nicht weiter angeheizt werden. Eine Reduzierung auf einen Dialog zwischen den Religionen reicht bei Weitem nicht aus.

Integration muss aber darüber hinaus auf allen Ebenen als Querschnittsaufgabe verstanden werden, vor allem in der Innenpolitik, der Bildungspolitik, der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, der Jugendpolitik und der Stadtentwicklung. Deshalb ist die Verbesserung der sozialen und bildungspolitischen Förderung, besonders im frühkindlichen Bereich, erforderlich, um eine gelungene Integration zu erreichen. Wir sollten die Chancen einer Einwanderungsgesellschaft nutzen, statt nur die Defizite anzuprangern.

Eine willkürliche Einteilung der Menschen unserer Gesellschaft in „wir“ und „die anderen“ ist kontraproduktiv für eine zukunftsorientierte Integrationsdebatte. Dieser Ansatz ist menschenverachtend und trägt nur dazu bei, dass sich Vorurteile verfestigen können.

Dies gilt auch für die Reduzierung von Integrationsproblemen auf Religionszugehörigkeit und Herkunft wie es vor kurzem von Vertretern aus Gesellschaft und Politik populistisch in die Öffentlichkeit eingebracht wurde.

Wir wollen nie wieder, dass soziale Probleme mit genetischen Fragen verbunden werden. Dies ist eine der wichtigsten Lehren, die wir aus der Zeit des Faschismus gezogen haben. Deshalb ist die Wiederbelebung der Eugenik nach den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus eine der unglaublichesten Entgleisungen der Neuzeit. Unser Grundgesetz ist aus der Erkenntnis, dass niemals wieder eine Verbindung von sozialen mit genetischen Fragen vorgenommen werden soll, entstanden.

Es muss auch stets deutlich gemacht werden, dass die Werte unserer Gesellschaft nicht allein durch Christen- und Judentum und den Islam, sondern im gleichen Umfang auch durch die Gedanken des Humanismus und der Aufklärung geprägt worden sind.

Die Ursachen für das Entstehen von Rechtsextremismus wie auch seine Erscheinungsformen sind komplex. Wenn menschenfeindliche Einstellungsmuster zunehmen und die Anzahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten wächst, verbirgt sich hinter dieser Entwicklung auch eine tiefe Unzufriedenheit mit dem politischen und gesellschaftlichen System. Der Politikwissenschaftler Richard Stöss führt in diesem Zusammenhang aus: „Rechtsextremismus wird durch die sozialen, ökonomischen und kulturellen Verhältnisse erzeugt und nicht umgekehrt“.

Rechtsextremistische Gruppen erhalten bei vielen Bevölkerungsgruppen ihre besondere Attraktivität vor allem aufgrund einer breiter werdenden sozialen Verunsicherung. Arbeitslosigkeit, mangelnde Zukunftsperspektiven, die wachsende Erfahrung sozialer Ungleichheit, die Angst vor sozialem Abstieg und eine immer komplexer werdende Gesellschaft sind dafür die Ursachen. Wer sich auf der gesellschaftlichen Erfolgsskala als Verlierer sieht, der unterliegt einem höheren Risiko, sich auf

andere Weise Anerkennung und Selbstbestätigung zu verschaffen - etwa in einer Gruppe, die sich über eine vermeintliche „rassistische Überlegenheit“ abzugrenzen versucht.

Zunehmend greifen rechtsextremistische Gruppierungen auch antikapitalistische Forderungen auf und verbinden diese mit ihren antidemokratischen Positionen. So erhalten rechtsextremistische Gruppierungen wie die „Autonomen Nationalisten“ verstärkt Zulauf.

Die ökonomische Situation und rechtsextreme Einstellungen stehen folglich im engen Zusammenhang. Rechtsextreme Einstellungen werden aber auch durch andere Faktoren beeinflusst. Festzuhalten bleibt aber: Ein Motiv einer antidemokratischen Einstellung bei Rechtsextremen ist eine antikapitalistische Orientierung.

Hieraus folgt, dass auch mit den Mitteln der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein wichtiger Beitrag zur Eindämmung menschenfeindlicher und rassistischer Erscheinungen geleistet werden muss. Appelle und Aufklärungsmaßnahmen sind zwar schnell konsensfähig, reichen ohne sozialpolitische Flankierung aber nicht aus.

Die neue Studie des FES zeigt, dass politische, soziale und ökonomische Deprivation weiterhin stattfindet. Die Menschen fühlen sich ausgegrenzt und nicht als politisch handelnde Akteure. Dadurch ist ihre Zustimmung zur Demokratie in Deutschland bedenklich niedrig.

Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus müssen also von der Einsicht geleitet sein, dass es sich primär um ein politisches und gesellschaftliches Problem handelt. Die Verengung auf repressive Formen der Auseinandersetzung ist keine hinreichende Antwort. Gefordert ist ein integratives Konzept, das neben repressiven sowohl sozial- als auch bildungs- und integrationspolitische Maßnahmen einschließt und das darüber hinaus zivilgesellschaftliche Aktivitäten ermuntert und unterstützt. So sinnvoll Aufklärungsmaßnahmen an Schulen sind, so richtig es ist, den Rechtsextremisten mit Zivilcourage entgegenzutreten, und so hilfreich Aussteigerprogramme in Einzelfällen sind - als isolierte Maßnahmen ohne Einbettung in ein Gesamtkonzept, das den gesellschaftlichen und sozialen Entstehungsbedingungen Rechnung trägt, verlieren diese Handlungsansätze an Wirkung.

Die Erfahrung der letzten Jahre lehrt, dass gegen den Rechtsextremismus gerichtete politische und gesellschaftliche Bekämpfungsansätze auf Stetigkeit ausgerichtet sein müssen.

Der Landtag fordert deshalb die Landesregierung auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, um der rechtsextremistischen Subkultur den Nährboden zu entziehen. Angesichts des verstärkten öffentlichen und zunehmend aggressiven Auftretens rechtsextremistischer Gruppierungen und Kameradschaften müssen diese Gegenmaßnahmen zentraler Inhalt des politischen Handelns werden.

Für die Festigung unserer Demokratie ist Bildung für alle Generationen nach wie vor eine der wesentlichsten Voraussetzungen. Darüber hinaus müssen wir die vorhandenen Mitwirkungsmöglichkeiten in allen Bereichen der Gesellschaft fördern und ausbauen. Vor allem der Umgang mit „Schwächeren“ innerhalb unserer Gesellschaft ist als ein zentraler Indikator für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft anzusehen.

Stefan Schostok
Fraktionsvorsitzender